

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Aktienmärkte standen in der Berichtswoche ganz im Zeichen der Erholung. Daran änderten auch schwache Konjunkturdaten nichts, die Anleger zeigten sich hiervon letztlich unbeeindruckt.

An den Anleihemärkten standen wie erwartet zahlreiche Neuemissionen im Blickpunkt. Neben europäischen Staatsanleihen, bei denen Portugal und Irland extrem hohe Überzeichnungsraten erzielten, wurden auch viele Unternehmenspapiere und Titel aus den Schwellenländern emittiert.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker

 Union Investment

Wöchentliche Information zu den Kapitalmärkten 11. Januar 2019

Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Aktienmärkte erholen sich von Tiefständen
- Schwache Konjunkturdaten verstärken Sorge um Weltwirtschaft
- Schlechte Neuigkeiten für die Deutsche Bank

Renten:

- Freundlicher Jahresstart für risikobehaftete Papiere
- Emissionsflut am Bondmarkt
- Fitch droht den USA mit Verlust des AAA-Ratings

Ausblick:

- Veröffentlichung der US-Daten wegen Behördenschließung unsicher
- Deutsches Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018
- Brexit: Britisches Parlament stimmt am Dienstag ab

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 11.01.2019 ca. 16:00	seit 04.01.2019	seit 28.12.2018
Dow Jones	23.861	1,8%	3,5%
EURO STOXX 50	3.061	0,6%	2,5%
Dax 30	10.866	0,9%	2,9%
Nikkei 225	20.360	4,1%	1,7%
MSCI Emerging Markets	54.759	3,1%	2,8%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,23%	2 BP	-1 BP
Iboxx Euro Sovereign	234,86	0,1%	-0,1%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	107	4 BP	4 BP
US-Leitzins	2,50%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,69%	2 BP	-3 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,15	0,6%	0,2%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	51,69	7,8%	14,0%

Aktien

Aktienmärkte erholen sich von Tiefständen

In der zweiten Handelswoche des Jahres 2019 konnten sich die globalen Aktienmärkte trotz anhaltender politischer Unsicherheiten und weiterer schwacher Konjunkturdaten von ihren Tiefständen der vergangenen Wochen erholen. Der DAX-Index notierte im Verlauf der Woche zwischenzeitlich bei 10.962 Punkten und näherte sich somit wieder der 11.000-Punkte-Marke an. Der europäische EURO STOXX 50-Index und der US-Leitindex S&P 500 konnten in der vergangenen Woche Gewinne von jeweils 0,7 Prozent und 2,6 Prozent verbuchen. Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte per Freitagmittag auf Basis des MSCI World-Index einen Zuwachs von 2,8 Prozent.

Für Unsicherheit sorgte weiterhin die bevorstehende Abstimmung über das Brexit-Abkommen im britischen Unterhaus, welche am 15. Januar 2019 stattfinden soll. Auch der Handelsstreit zwischen den USA und China trübte nach wie vor die Stimmung an den Kapitalmärkten. Gespräche in dieser Woche haben zu keinem Ergebnis geführt; Fortschritte könnte es erst Ende Januar im Rahmen von weiteren Handelsgesprächen geben.

Schwache Konjunkturdaten verstärken Sorge um Weltwirtschaft

Die in der vergangenen Woche veröffentlichten Konjunkturdaten aus Deutschland, China und den USA sind erneut größtenteils schwach ausgefallen. Die chinesischen Erzeugerpreise haben im Dezember aufgrund von schwacher Nachfrage und sinkenden Rohstoffpreisen mit einem Plus von 0,9 Prozent den geringsten Anstieg seit zwei Jahren verzeichnet. Die Verbraucherpreise stiegen um 1,9 Prozent. Ebenso wie der ISM-Index für das verarbeitende Gewerbe in den USA ist auch der ISM-Index für die Dienstleistungsbranche in den USA mit 57,6 Punkten schwächer als erwartet ausgefallen. Damit liegt er jedoch noch deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der Auftragseingang in der deutschen Industrie ist im November statt der

erwarteten 0,1 Prozent um ein ganzes Prozent gefallen. Auch die Industrieproduktion hierzulande ist um 1,9 Prozent gesunken – zum dritten Mal in Folge. Schon im dritten Quartal 2018 gab die deutsche Wirtschaft um 0,2 Prozent nach. Die Vorzeichen für das vierte Quartal stehen ebenfalls nicht gut. Eine erfreuliche Entwicklung zeigten im November jedoch die deutschen Export-Daten: Zwar sind die Ausfuhren verglichen mit denen des Vormonats um 0,4 Prozent gesunken, jedoch wurden auch die Importe verringert, und zwar um 1,6 Prozent. Der Handelsbilanzüberschuss betrug damit 21,4 Milliarden Euro. Im Vorjahr 2017 wurden insgesamt Waren im Wert von 1.279 Milliarden Euro exportiert. Mit einem Stand von 1.221,7 Milliarden Euro für die ersten elf Monate in 2018 ist damit für das gesamte Jahr 2018 ein neuer Bestwert in Sicht.

Die seit einiger Zeit bestehende Sorge um eine Abschwächung der Weltwirtschaft wurde ebenfalls von den jüngsten Daten des Wirtschaftsvertrauens in der Europäischen Währungsunion bestätigt: Dieses ist im vergangenen Jahr um insgesamt 7,9 Punkte gesunken und erreichte im Dezember schließlich einen Stand von 107,3 Punkten.

Erneut schlechte Neuigkeiten für die Deutsche Bank

Die Negativschlagzeilen bei der Deutschen Bank scheinen auch im neuen Jahr nicht abzureißen: Bis Ende Juni sollen auf Anweisung der BaFin etwa 20.000 Kunden aus der Firmenkunden- und Investmentsparte der Deutschen Bank überprüft werden. Die als hochriskant eingestuften Kunden müssen dabei auf Basis der neuesten Geldwäsche-Richtlinie erneut bewertet werden. Darüber hinaus hat die Hamburger Privatbank Warburg in der vergangenen Woche eine Klage in Bezug auf Cum-Ex-Transaktionen gegen das Geldinstitut eingereicht und fordert Schadenersatz. Der Aktienkurs der Deutschen Bank ist daraufhin um über fünf Prozent gefallen und hat die Gewinne der vorherigen Woche wieder abgegeben.

Renten

Freundlicher Jahresstart für risikobehaftete Papiere

Der freundliche Jahresauftakt an den Aktienmärkten zeigte auch am Bondmarkt Wirkung. So waren es vor allem die risikobehafteten Anlageklassen, die in dieser Woche bei Anlegern hoch im Kurs standen. Nach den starken Abverkäufen zum Jahresende, setzte nun eine Gegenbewegung ein. Für Rückenwind sorgte auch der US-Arbeitsmarktbericht vom vergangenen Freitag. In den Vereinigten Staaten wurden deutlich mehr neue Stellen geschaffen als erwartet. Die weiteren Konjunkturdaten konnten das positive Bild zwar nicht bestätigen, Anleger zeigten sich in dieser Woche aber vergleichsweise unbeeindruckt von den Wirtschaftsdaten. Vielmehr ließ sich ein saisonales Muster erkennen, wonach der Jahresauftakt mehrheitlich gut ausfällt. Gerade institutionelle Anleger haben nun wieder Risikobudgets zur Verfügung, was dazu führt, dass die Nachfrage oftmals gut ist. Die größten Zuwächse verzeichneten nachrangige Industrieanleihen, hochverzinsliche Unternehmenspapiere und Anleihen aus den Schwellenländern. Jene Schuldverschreibungen also, die in den Wochen zuvor besonders stark abgestraft wurden.

Emissionsflut am Bondmarkt

Darüber hinaus war ein weiteres Muster zu erkennen. Im neuen Jahr, wenn alle Marktteilnehmer aus dem Urlaub zurück sind, begibt eine Vielzahl an Emittenten neue Anleihen. Viele Anleger erhöhten dazu bereits vor dem Jahreswechsel die Liquidität, um attraktive neue Papiere zu zeichnen. In den vergangenen Handelstagen kam es daher zu einer regelrechten Emissionsflut. Über alle Segmente hinweg wurden neue Anleihen platziert. Bei Staatsanleihen war die Nachfrage besonders hoch. Sowohl Irland als auch Portugal nutzten das Umfeld, um bereits ein Fünftel ihres Finanzierungsbedarfes für das komplette Jahr zu decken. Beide Länder platzierten erfolgreich 10-jährige Anleihen im Umfang von vier Milliarden Euro. Das Interesse der Anleger lag um Vielfaches höher. Die Nachfrage nach

den portugiesischen Papieren summierte sich dabei auf beachtliche 24 Milliarden Euro. Auch im Bereich der Unternehmensanleihen gelang es den Emittenten ihre Papiere erfolgreich zu platzieren. Einschränkend muss man jedoch erwähnen, dass dies nur deshalb so gut gelang, weil hohe Neuemissionsprämien geboten wurden. Die Telecom Italia - mit Blick auf die politischen Probleme sicherlich kein einfacher Schuldner - gewährte Käufern ihres neuen Papiers einen Renditeaufschlag von 0,8 Prozent auf vergleichbare Anleihen des Unternehmens.

Fitch droht den USA mit Verlust des AAA-Ratings

Die Ratingagentur Fitch hat in dieser Woche den USA angedroht, deren Kreditwürdigkeit nach unten zu korrigieren. Bislang kann sich die führende Wirtschaftsnation mit dem bestmöglichen Rating von AAA schmücken. Die Bonitätswächter kritisierten die aktuelle Vorgehensweise des US-Präsidenten, der kurz davor ist den Notstand auszurufen. Trump will damit den Druck auf seine Regierung erhöhen, damit diese Mittel für den Bau der Mauer zu Mexiko zur Verfügung stellt. Relevant, so Fitch, sei aber vor allem die hohe US-Verschuldung. Durch die letzten Zinserhöhungen der US-Notenbank steige auch die Zinslast für die Refinanzierung. Eine mögliche Ratingherabstufung würde zunächst nur die Bonitätsnote für Schulden in fremder Währung betreffen. Da der US-Dollar jedoch die Weltreservewährung Nummer eins ist, begeben die Vereinigten Staaten ohnehin keine Anleihen in anderer Währung. Eine solche Entscheidung für Fitch hätte also zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen. Dennoch geht von dieser Nachricht eine wichtige Signalwirkung aus. Erste Anleger zeigen sich schon jetzt skeptisch, denn Anfang März stehen Verhandlungen zur Erhöhung der Schuldenobergrenze an und im Herbst gilt es den Haushalt für 2020 zu verabschieden. Die aktuelle Blockadepolitik von Donald Trump dürfte die Verhandlungen erschweren. Wenn schon jetzt keine Einigung (bei einem von allen Kammern verabschiedeten Haushalt) erzielt werden kann, wie soll dann im März verhandelt werden?

Ausblick

In der neuen Woche stehen wieder einige US-Konjunkturdaten auf der Agenda. Die im Rahmen des „shut down“ erfolgte Schließung einiger US-Behörden kann aber dazu führen, dass der eine oder andere Datenpunkt nicht veröffentlicht werden kann beziehungsweise verschoben werden muss. Angesichts der aktuell zu beobachtenden Eintrübung der Konjunkturdaten ist dies gerade jetzt ein schlechter Zeitpunkt. So stehen beispielsweise mit Einzelhandelsumsätzen zur Wochenmitte interessante Daten zur Einschätzung der weiteren Wirtschaftsentwicklung an. Dem Konsens zufolge dürften die Umsätze im Dezember gegenüber dem Vormonat etwas zugelegt haben. Ein Plus zeichnet sich auch bei den Autoverkäufen und im Bausektor ab. Aus dem Immobiliensektor stehen zudem Daten zu den Baubeginnen und den Baugenehmigungen an. Zudem dürfte die US-Industrieproduktion im Dezember gegenüber dem Vormonat höher ausgefallen sein, als es die Stimmung unter den Anlegern derzeit vermuten lässt.

Am Dienstag wird eine erste Schätzung des Statistischen Bundesamtes für das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr 2018 erfolgen. Der Konsens liegt bei plus 1,5 Prozent. Dabei wird es auch Hinweise auf die Entwicklung im vierten Quartal geben, die von den Analysten eher zurückhaltend eingeschätzt wird. Ob es wirklich zu einer technischen Rezession mit zuletzt entsprechend negativen Wachstumsraten gekommen ist, bleibt abzuwarten. Sollte dies der Fall sein, dürfte die Konsensprognose von plus 1,5 Prozent für das Gesamtjahr 2018 kaum zu halten sein.

Darüber hinaus steht am Dienstag die Abstimmung des britischen Parlaments zum Brexit-Abkommen an.

Ihr Portfoliomanagement
Union Investment Privatkunden

Termine

Montag, 14.01.2019	EWU: Industrieproduktion (Nov.)
Dienstag, 15.01.2019	DEU: Bruttoinlandsprodukt (2018) GBR: Parlamentsabstimmung über das Brexit-Abkommen FRA: Verbraucherpreise (Dez.) USA: Empire State Index (Jan.); Produzentenpreise (Dez.)
Mittwoch, 16.01.2019	JPN: Aufträge im Maschinenbau (Nov.) GBR: Verbraucherpreise (Dez.) USA: Einzelhandelsumsätze (Dez.); NAHB- Wohnungsmarkt-Index (Jan.); Die US-Notenbank Fed veröffentlicht ihr Beige Book
Donnerstag, 17.01.2019	EWU: Endgültige Verbraucherpreise (Dez.) USA: Philadelphia Fed-Index (Jan.); Wohnungsbaubeginne und -genehmigungen (Dez.)
Freitag, 18.01.2019	JAP: Verbraucherpreise (Dez.) GBR: Einzelhandelsumsatz (Dez.) USA: Industrieproduktion (Dez.); Verbrauchervertrauen, ermittelt von der Universität Michigan (Jan.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
11. Januar 2019, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt